

Energie-Control Austria
Rudolfplatz 13A
1010 Wien

Per Email an: recht-post@e-control.at

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht von
V ENL G 01/23

Unser Zeichen
AI

DW
37

Datum
04.09.2023

**V ENL G 01/23 - Stellungnahme des Fachverbandes der Gas- und
Wärmeversorgungsunternehmen (FGW) zum Begutachtungsentwurf
Erdgas-Energielenkungsdaten-Verordnung 2017 (G-EnLD-VO 2017) – Novelle 2023**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Vielen Dank für die Übermittlung des im Betreff genannten Begutachtungsentwurfes. Der FGW nimmt hierzu wie folgt Stellung:

§ 1 Abs 1 Z 18a und § 10 Abs 2:

- In Bezug auf die neue Definition „konzerninterne Gasversorgung“ ist festzuhalten, dass aufgrund der Beschaffung über diversifizierte Gesamtportfolien, in der Regel Bezugsmengen keinem spezifischem Kunden zugeordnet werden können.

§ 3 Abs 1:

- Ein etwaiger Zugriff auf Polstergas hätte Auswirkungen in Form von Beschränkungen der Betriebsparameter einer Speicheranlage. Dem Speicherbetreiber drohen bei einem eklatanten Verstoß gegen zugelassene Betriebsparameter der Verlust der Speicherlizenz durch die zuständige Behörde. Aus diesem Grund ändert sich die Menge an Polstergas grundsätzlich nicht, weshalb auch eine tägliche Meldung als überschüssig und nicht zielführend erscheint.

§ 3a:

- Hinsichtlich der Meldepflicht gemäß § 1 Abs 1 Z 12a Lit c betreffend Fernwärmeanlagen als geschützte Kunden wird seitens Gasnetzbetreiber angemerkt, dass diese Daten nicht von ihnen direkt erhoben werden können und es hier der Beteiligung von Fernwärmenetz-, bzw. Fernwärmeanlagenbetreiber bedarf. Es wird befürchtet, dass der Hinweis in den Erläuterungen der E-Control zu § 3a, wonach aus Sicht E-Control die Betreiber von Fernwärmenetzen und die Betreiber von Fernwärmeanlagen in Analogie zu § 121 Abs 5 GWG 2011 zur Auskunft an die Verteilernetzbetreiber verpflichtet wären, ohne entsprechende Formulierung direkt im Verordnungstext als nicht ausreichend rechtlich bindend gesehen werden könnte. Seitens Gasnetzbetreiber wird daher vorgeschlagen die entsprechende Meldepflicht in den 4. Teil der Erdgas-Energielenkungsdaten-VO (Datenmeldungen für den Fernwärmebereich) zu verschieben, da hier bereits Daten direkt von den Fernwärmeunternehmen abgefragt werden.
- Es ist zudem anzumerken, dass die zu meldende Abgabe an geschützte Kunden im Falle von Fernwärmeanlagen häufig nicht durch ein Unternehmen allein bereitgestellt werden kann, sondern nur in Zusammenarbeit zwischen Fernwärmeanlagenbetreiber und einem oder mehreren Fernwärmenetzbetreibern erfolgen kann. Diesem Umstand sollte bei der entsprechenden Meldeverpflichtung Rechnung getragen werden.
- Ebenso weisen wir aufgrund der unterschiedlichen Möglichkeiten zur Fernwärmeerzeugung (Heizkessel, KWK-Anlage, Abwärme industrieller Produktionsprozesse, etc.) auf die damit verbundene Komplexität bei der Berechnung der benötigten Gasmengen zur Versorgung geschützter Fernwärmekunden hin.
- Aufgrund der Komplexität der Wärmebereitstellung kann nicht auf historische Gasdaten zurückgegriffen werden, da die Fernwärmeerzeugung in einer Planung durch Substitution auch ohne Gas erfolgen kann – unabhängig davon, ob im Vorjahr Gas eingesetzt wurde. Diese Berücksichtigung der Substitution ist im Gesetz vorgesehen und daher auch bei der Vorhaltung zu berücksichtigen. Daher dürfen die gemeldeten Daten nicht für die Berechnung der Gasspeicherverpflichtung im Rahmen der Versorgungsstandarderhebung herangezogen werden.
- Hinsichtlich der vorgegebenen ÖNACE-Codes zur Definition geschützter bzw. grundlegender sozialer Dienste merken wir an, dass diese nur in Verbindung mit Statistik Austria gesichert in den Stammdaten der Netzbetreiber hinterlegt werden könnten. Der Aufwand hierfür wäre jedoch auf allen Seiten (inkl. Statistik Austria) überschießend und sicherlich auch nicht im Interesse von E-Control. Daher kann es sich bei diesbezüglichen Datenmeldungen an

E-Control nur um entsprechende Abschätzungen nach bestem Wissen und Gewissen handeln.

§ 5a:

- Die in § 5a von Versorgerseite abgefragten Daten werden als überschießend und für Energielenkungszwecke unbrauchbar gesehen. Dies begründet sich darin, dass es sich bei den zu meldenden Geschäften um eine Momentaufnahme handelt. So unterliegt die Position bei Termingeschäften beispielsweise einer ständigen Änderung aufgrund neuer getätigter Käufe und Verkäufe). Eine diesbezügliche jährliche Erhebung wäre somit jedenfalls mit einem hohen Aufwand auf Seiten der Unternehmen verbunden, dem kein regulatorischer Nutzen gegenüberstände.
- In der geltenden Fassung wird z.B. in § 5 der Begriff „Endverbraucher“ herangezogen. Aus Konsistenzgründen wird vorgeschlagen auch in der Novelle diesen Begriff anstatt „Endkunde“ (wie z.B. in § 5a) zu verwenden.

Generelle Anmerkungen:

- Generell regen wir an, bei der zukünftigen Gestaltung von Erhebungsformularen die Möglichkeit eines automatisierten Datenflusses (z.B. via standardisierter Schnittstelle) zu berücksichtigen.
- Zudem möchten wir auf den Vorteil hinweisen, dass wenn bereits vor der Erhebungsfrist die Erhebungsbögen bereitgestellt werden könnten, auch allfällige Anpassungen bei den konkreten Auswertungen der Meldepflichtigen entsprechend zeitgerecht vorgenommen werden könnten.

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme und bitten um Berücksichtigung unserer Punkte. Für weitere Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße



Mag. Michael Mock
Geschäftsführer



Mag. (FH) Alexander Izmenyi, MSc
Referent Bereich Gas